©Naturwissenschaftlicher Verein für Steiermark; download unter www.biologiezentrum.at

## Vom Europarat

*Ein Hochkommissär für Umweltfragen*

Anfang 1973 wird der Europäischen Umweltministerkonferenz in Wien der Vorschlag zur Einsetzung eines Hohen Kommissars für Umweltfragen, der den Regierungen Anregungen auf diesem Sektor geben soll, unterbreitet. Dies war einer der von der Beratenden Versammlung bei ihrer Debatte vom 21. und 22. Jänner über die Umwelt einstimmig angenommenen Empfehlungspunkte. Ebenso sollten der Europarat und die Europäische Gemeindekonferenz ihre Aufklärungs- und Erziehungsarbeit intensivieren; die Versammlung stellte außerdem fest, daß zwischen europäischen und internationalen Organisationen die Maßnahmen zum Umweltschutz nicht genügend koordiniert werden und auch die mangelnde Koordinierung auf Regierungsebene dazu führt, daß diese Organisationen nicht voll wirksam werden können. Deshalb sollte ihnen mehr Gewalt in ihrer Überwachung der nationalen Tätigkeit zur Harmonisierung von Bestimmungen, Normen und Grenzwerten übertragen werden. Das Ministerkomitee sollte einen Beitrag zur UN-Umweltkonferenz (Stockholm, 5. bis 16. Juni) leisten, indem es die dringenden Umweltprobleme in Europa aufzeigt.

Eine weitere Empfehlung an das Ministerkomitee bezieht sich auf die Vorbereitung von Konventionen und Abkommen zur Luft- und Wasserkontrolle und der Ausarbeitung einer Politik, die die Planung und Einrichtung von Naturschutzgebieten und den Landschaftsschutz fördern soll. Die Empfehlung führt zehn von den Mitgliedsstaaten dringend anzuerkennende Prinzipien auf, wie z. B. das der Verantwortlichkeit für Luft- und Wasserverschmutzung, der Einrichtung von Dienststellen zum Umweltschutz, die den Raumordnungsbehörden angeschlossen sein sollen, der Bestrafung für umweltschädigende Tätigkeit und der Bereitstellung ausreichender Mittel an die Gemeinden.

Darüber hinaus sollte den Regierungen nahegelegt werden, dafür zu sorgen, daß die Bauern auf umweltschädigende Erzeugnisse verzichten können. Man war sich darüber einig, daß in den kommenden Jahren den Umweltfragen die absolute Priorität eingeräumt und der Koordinierung des Vorgehens auf europäischer Ebene, einer engeren Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen und der beschleunigten Einrichtung eines Umwelt-Informationssystems besondere Aufmerksamkeit in den nationalen Parlamenten zukommen sollte. Die Ständige Konferenz der Europäischen Erziehungsminister und der Rat für kulturelle Zusammenarbeit wurden aufgefordert, die Umwelterziehung auf allen Ebenen zu fördern.

Eine andere Empfehlung, die sich auf die gesundheitsschädlichen Auswirkungen der Umweltbeeinflussung bezieht, ruft zu einer engeren Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, wie der WHO und der OECD, zur Erweiterung des Mandats der Europäischen Informationszentrale für Naturschutz und zu einer mit strengeren Kontrollmaßnahmen verbundenen Gesetzgebung auf europäischer Ebene auf.

Zur Verminderung der Luftverschmutzung durch die Auspuffabgase von Motorfahrzeugen forderte die Versammlung alle Mitgliedsstaaten des Europarates auf, ihre Umweltsachverständigen an nationalen und internationalen Arbeiten zur Kontrolle der Abgase zu beteiligen. Die Mitglieder der Versammlung sollen ihren Parlamenten von den Bundesnormen der Vereinigten Staaten ausgehende Gesetzentwürfe vorlegen.

Nach einer langen Debatte wurde ein Bericht über die Auswirkungen von Überschallflügen in der zivilen Luftfahrt auf die natürliche und menschliche Umwelt zur weiteren Überprüfung zurückgestellt.

Herr *Genscher*, deutscher Bundesminister des Inneren, sprach vor der Versammlung, und *Thor Heyerdahl* ergriff vor einer gemeinsamen Ausschußsitzung über Umwelt und Ozeanographie das Wort.

(Aus „Natur und Landschaft")

## Verleihung des Diploms des Europarates für geschützte Landschaften an den Naturpark Siebengebirge

Das Diplom des Europarates für geschützte Landschaften ist 1971 dem Naturpark Siebengebirge in der Bundesrepublik Deutschland (Land Nordrhein-Westfalen) verliehen worden. In einer Feierstunde auf dem *Weilberg* im *Siebengebirge*, nahe Bonn, überreichte der Stellvertretende Generalsekretär des Europarates, Sforza-Galeazzo *Sforza*, dem nordrhein-westfälischen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Diether *Dencke*, die Urkunde.

Für die Kommission für Natur- und Landschaftsschutz des Europarates, die für die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer in diesem Bereich verantwortlich ist, wird deren Präsident, Georges *Tendron* (Stellvertretender Direktor am Muséum National d'Histore Naturelle de Paris), teilnehmen.

Das Siebengebirge ist eine vulkanische Landschaft von großer geologischer Vielfalt. Sie liegt über dem Plateau des Rheinischen Schiefergebirges und ist rund 42 Quadratkilometer groß. Zwischen vulkanischen Hügeln von 300 bis 450 Meter Höhe liegen tiefe Täler. Große und verschiedenartige, oft fast unberührte Wälder tragen zum Wert dieser Landschaft bei.

Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus liegt ihre außerordentliche Bedeutung vor allem darin, daß die verschiedensten Zweige der Naturwissenschaften sich für diese Landschaft interessieren und sie erforschen.

Das Siebengebirge bietet außerdem vielfältige Erholungsmöglichkeiten für die Menschen aus den nahegelegenenen rheinischen Industriezentren. (Außerdem: der Drachenfels im Siebengebirge wird im Volksmund der höchste „holländische Berg" genannt, weil sehr viele Holländer ihn besuchen.)

Das Diplom des Europarates für geschützte Landschaften ist im Jahre 1965 geschaffen worden und wird an Landschaften, Naturschutzgebiete und Natursehenswürdigkeiten von europäischer Bedeutung verliehen, in denen die Naturschutzmaßnahmen ein hohes Niveau erreichen. Es gilt für fünf Jahre und kann erneuert werden. Die Preisträger, die als private oder öffentliche Einrichtungen für die Erhaltung verantwortlich sind, müssen dem Europarat jährlich einen Bericht über die Erhaltung und den Schutz des betreffenden Gebietes übersenden.

Das Diplom ist bisher an folgende Naturparks und Landschaftsschutzgebiete in acht europäischen Ländern verliehen worden:

Hautes Fagnes (Belgien) 1966, Camargue (Frankreich) 1967, Peak District (Großbritannien) 1967, Muddus National Park (Schweden) 1967, Sarek und Padjelanta (Schweden) 1967, Lüneburger Heide (Bundesrepublik Deutschland) 1968, Schweizer Nationalpark (Schweiz) 1968, Krimmler Wasserfälle (Österreich) 1969, Wollmatinger Ried, Konstanz (Bundesrepublik Deutschland) 1969, Boschplaat (Niederlande) 1970.

## Beratung für Umweltschutz

Im Wirtschaftsförderungsinstitut der Linzer Handelskammer wird ein neuer *Beratungsdienst für Umweltschutz und Kulturtechnik* eingeführt. Hauptarbeitsgebiete sind dabei Wassertechnologie, Abfallbehandlung sowie Luft- und Abgasreinigung.

## Erholungsräume haben Vorrang

Mit der Feststellung, dem Ausbau und der Sicherung der Erholungsgebiete Tirols wird sich eine Untergruppe des *Tiroler Raumordnungsbeirates* beschäftigen, der kürzlich gebildet wurde. Wie Landesrat Luis Bassetti in einer Pressekonferenz betonte, komme es darauf an, *Tirol als Ganzes als Erholungsraum* zu erhalten und sinnvoll zu nützen. Bei allen Bemühungen hätte aber nicht sosehr der Tourismus den Vorrang, sondern die Freizeit der heimischen Bevölkerung sei übergeordnet. Für die Bewohner des Landes müßten weiterhin die Erholungsräume erhalten bleiben. Da Grund und Boden als Ware besonderer Art nicht vermehrbar seien, sollte auch eine *Überentwicklung und Übertechnisierung im Land verhindert* werden. Gerade für die Einheimischen in den Ballungszentren seien die Naherholungszonen in unmittelbarer Umgebung der Wohngebiete wichtig. Wie dieser Erholungsraum aussieht, müsse im Land selbst bestimmt werden. Grundsatz bleibe außerdem, daß der bäuerliche Lebensraum bewahrt bleibt.

Bassetti meinte, daß Tirol schrittweise ein *Urlaubsland mit gehobenem Komfort* werden müsse, der Massentourismus sei in seinen Auswüchsen ungesund. Um die Infrastrukturen verbessern zu können, sollten die Fremdenverkehrsverbände mit dazu beitragen, die dafür notwendigen Mittel aufzubringen. Die Aufenthaltsabgabe könnte in vielen Fällen angehoben werden, wäre sie beispielsweise im Durchschnitt nur um 2 Schilling höher gewesen, wären im letzten Jahr bei 25 Millionen Nächtigungen in Tirol um 50 Millionen Schilling mehr für Investitionen verfügbar gewesen.

(SN 7. Oktober 1971)

## Automatische „Umweltschutzpolizei"

Ein *vollautomatisches Meßnetz* soll in Zukunft in ganz Österreich Luft- und Wasserverschmutzer Tag und Nacht kontrollieren und Übergriffe präzise und unbeeinflußt registrieren. Dies teilte Ministerialrat Diplomingenieur Dr. Friedrich *Mühlberger*, zuständig für die Koordination der Umweltforschung im Wissenschaftsministerium, in einem Gespräch mit. Die von Wissenschaftsminister Dr. Hertha *Firnberg* einberufenen Projektteams für Luftverunreinigung und Luftreinhaltung sowie Gewässerschutz und Abwässerreinigung, denen Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Industrie angehören, sollen das Ministerium bei der Durchführung des Projektes beraten.

Das Hauptaugenmerk wird dabei auf die *Registrierung von Verunreinigungen* gelegt werden, die mit herkömmlichen Methoden derzeit noch nicht erfaßbar sind. Der Forschungsauftrag muß unter dem Druck der fortschreitenden Verunreinigung der Biosphäre allerdings sehr rasch durchgeführt werden.

Weiters wird Minister Dr. Firnberg auch ein Projektteam für „Biologische Umweltforschung" einberufen, dem nur Biologen angehören werden. Aufgabe dieses Expertenteams, das sich aus zwölf Professoren, Dozenten und Assistenten der beiden Zoologischen Institute der Universität Wien, der Hochschule für Bodenkultur und Fachleuten der Niederösterreichischen Landesregierung zusammensetzen wird, ist es, für das gesamte Bundesgebiet biologische Schwerpunkte zu erarbeiten. Dazu gehören unter anderem Maßnahmen zum Schutz aussterbender Tierarten. (UNESCO Austria)

## Ausschuß für Umweltschutz

Im Juni 1971 wurde von der TH Wien ein Umweltschutzausschuß gegründet, dem nicht weniger als 43 Hochschulinstitute angehören.

Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes werden speziell in den Vorlesungen der Studienrichtungen Raumordnung und Raumplanung sowie Architektur usw. von den zuständigen Professoren und Lehrbeauftragten in Forschung und Lehre vertreten.

## Seminar über Umweltschutz

Bezugnehmend auf Seite 56, Heft 2, 58. Jahrgang, April 1972 Ihrer Zeitschrift erlaube ich mir, bekanntzugeben, daß im Wintersemester an meinem Institut ein Oberseminar mit dem Titel „Der Umweltschutz — ein geographisches Problem" abgehalten wird. Die Veranstaltung wird von mir persönlich geleitet.

o. Univ.-Prof. Dr. Helmut Riedl
Institutsvorstand

## Naturschutz für Forstwirte

Im Sommersemester 1972 fand am Waldbau-Institut der Hochschule für Bodenkultur, Vorstand Prof. Dr. Hannes *Mayer*, LB. Dipl.-Ing. Dr. Kurt *Zukrigl*, eine Vorlesung unter dem Titel „Naturschutz für Forstleute" statt.

## Schutz für wildwachsende Pflanzen

Auf Grund des Salzburger Naturschutzgesetzes 1957 wurden im 9. Stück des Landesgesetzblattes für das Land Salzburg, ausgegeben am 15. Juni 1972, durch Verordnungen der Salzburger Landesregierung bestimmte wildwachsende Pflanzen ganzjährig geschützt.

Es sind dies im Bereiche von Obertauern die Latsche (Legföhre, *Pinus montana)*, die Zirbe *(Pinus cembra)* und die beiden Almrosenarten *(Rhododendron ferrugineum* und *Rhododendron hirsutum)*. Das Schutzgebiet erstreckt sich je 1000 m beiderseits der Katschberg-Bundesstraße von der Brücke über die Pongauer Taurach bei der Gnadenalm (Gnadenbrücke 1266 m) bis zur Brücke über die Lungauer Taurach beim Twenger Talpaß (Hohe Brücke 1281 m).

Im Bereiche des Untersberges fallen unter die Schutzbestimmungen die Latsche (Legföhre), die Zirbe und die Almrose *(Rhododendron hirsutum)*, weiters die Schneerose *(Heeleborus niger)* und das Maiglöckchen *(Convallaria majalis)*. Das Schutzgebiet ist im Norden von der Autobahn München—Villach begrenzt, beginnend bei der Staatsgrenze Walserberg bis zur Überführung der Moosstraße, von dort entlang des Westrandes der Moosstraße bis zur Gemeindestraße Fürstenbrunn bis Gröding, dann entlang des Südrandes dieser Gemeindestraße bis zur Abzweigung des Zufahrtsweges zum Kalkwerk Ziegler. Im Osten läuft die Grenze von der Abzweigung des Zufahrtsweges zum Kalkwerk Ziegler entlang des Weges, dann entlang des Waldrandes nach Süden am Fuße des Untersberges bis zum Neuhäuslgraben, den Graben abwärts bis zum Almkanal, entlang dieses Kanals nach Süden bis zur Brücke der Berchtesgadener Bundesstraße, von dort entlang des Westrandes der Berchtesgadener Bundesstraße bis zur Staatsgrenze. Im Süden und Westen ist die Staatsgrenze auch die Grenze des Schutzgebietes. Gebiete, die in Flächenwidmungsplänen als Bauland ausgewiesen sind, sind von den Schutzbestimmungen ausgenommen.

## Schweizer Ja zu zentralem Umweltschutz

Die Bevölkerung der Schweiz hat mit der großen Mehrheit von 92,6 Prozent dem Verfassungsgesetz zugestimmt, daß die *Regierung Vorschriften für den Schutz der Menschen und ihrer Umwelt vor schädlichen Einwirkungen* erlassen darf. Diese durch die kürzlich durchgeführte Volksabstimmung erteilte Ermächtigung gibt der Regierung die Möglichkeit zu einheitlichen Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes für das ganze Staatsgebiet. Als zentrale Stelle hiefür wurde das Amt für Umweltschutz eingerichtet. (WWM 8/9 — 1971)

## Die oberösterreichische Landwirtschaft verliert jährlich 530 ha Grund

Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre hat die Landwirtschaft Oberösterreichs *jährlich 530 Hektar land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen* für Straßenbauten, Brückenbauten, Kraftwerksbauten, Maßnahmen zur Wasserregulierung, Wohn- und Industriebauten abgegeben. Diese landwirtschaftlichen Gründe, die als Bauflächen zur Verfügung gestellt werden mußten, entsprechen umgerechnet einem jährlichen *Verlust von 23 Höfen mit einer Größe von je 40 Joch*. Die Abgabe dieser Grundflächen erfolgt nur zum geringen Teil auf freiwilliger Basis, zum Großteil im Rahmen von Enteignungsverfahren.

(Monatsberichte 5/1971)

## Abgase verursachen Bleivergiftungen

Der Bleigehalt im Blut amerikanischer Großstädter liegt mit durchschnittlich 0,25 ppm (parts per million — Teile pro Million) etwa hundertmal höher als bei Menschen in ländlichen Gegenden. Das Blei stammt aus den Abgasen der Kraftfahrzeuge. Steigt jedoch der Bleigehalt des Blutes über 0,5 bis 0,8 ppm, kommt es zum Erscheinungsbild der Bleivergiftung („Neue Agrarzeitung"). Eine Verminderung des Bleigehaltes im Benzin um nur wenige Prozent ist infolge der Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs praktisch nutzlos. („Der Einkauf in Graz", Nr. 3/1971)

©Naturschutzbund Österreich, download unter www.biologiezentrum.at

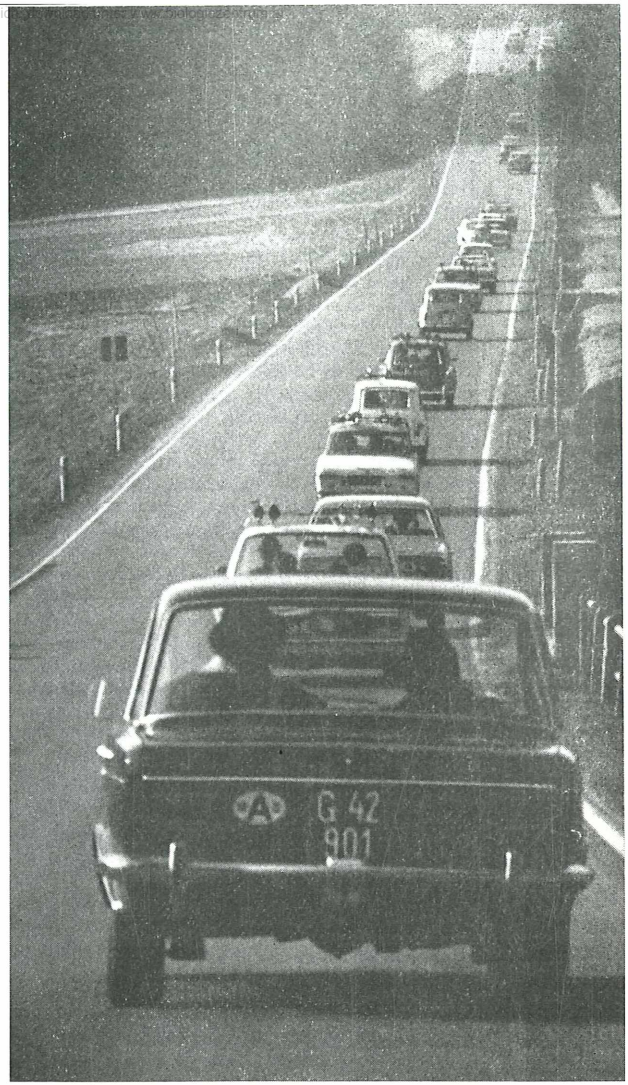
## Das Ende des Autos?

Es ist pervers, über die „autogerechte" Stadt nachzusinnen, also über die Anpassung der Stadt an ein als unabänderlich gedachtes Verkehrssystem, statt über die Frage, wie das *Verkehrssystem der menschengerechten Stadt anzupassen* wäre. Noch ist nicht im geringsten abzusehen, was an die Stelle der Autos treten wird, noch ist nicht einmal sicher, ob wir an ihnen oder sie an sich selbst ersticken werden. Doch scheint immerhin soviel deutlich: jeder Versuch, am Detail herumzufummeln, den Verbrennungsmotor durch den Elektromotor zu ersetzen, den *Aufenthalt in unbewohnbaren Städten* mit der stundenweisen Flucht in Naturparke aufzuwiegen, dem Tod auf der Straße durch Verkehrserziehung und durch das Abholzen von Alleebäumen beizukommen, die Folgen sitzender Fortbewegung durch Ausgleichsgymnastik zu beheben und allfällige nervöse Störungen durch Barbiturate und Weckamine, das stetige Wachsen der Autolawine schließlich durch ein stetig gesteigertes Asphaltieren der Welt auszugleichen — all diese „Maßnahmen" können die Einsicht nur verzögern, aber nicht verhindern: daß der *Individualverkehr* von einem gewissen Punkt an eine *ökologische Unmöglichkeit* ist. Das Ende des Autos hat schon begonnen. („Kleine Zeitung", 10. 7. 1971)

## Wieviel Luxus können sich Bürger reicher Industrienationen leisten?

Unter anderem bestimmt keinen mehr zu Lasten der Krokodil-Bestände unserer Erde. Neben der Dezimierung von vielen eindrucksvollen Tierarten durch das Zerstören ihres Lebensraumes, die Explosion der menschlichen Bevölkerung, die Sportjagd und auch durch die Mode geht es nunmehr den Krokodilen an den Kragen bzw. an die Haut. In diesem Fall ist die Ursache fast ausschließlich die Mode; eine Mode, die reiner Luxus ist. Es gibt keinen praktischen Grund, warum Handtaschen, Gürtel, Brieftaschen und Geldbörsen aus Krokodilleder sein müssen. Häute von Haustieren oder Kunststoffen tun es ebensogut, aber sie sind nicht so auffällig, extravagant, und das Prestigebedürfnis des Besitzers leidet unter einer Rindsleder-Brieftasche. Gleichlaufend mit dem steigenden Wohlstand der Industrie-Nationen in den letzten Jahrzehnten wurden die Krokodile in erschreckendem Maße gezehntet und teilweise der Ausrottung nahegebracht. Nach einer Untersuchung von F. Wayne King und Peter Brazaitis (veröffentlicht in „Zoologica", Band 56, Heft 2, Sommer 1971) sieht es unter den 27 lebenden Krokodil-Arten wie folgt aus:

| | | |
|---|---|---|
| gefährlich bedroht | = | 2 Arten |
| bedroht | = | 13 Arten |
| wahrscheinlich bedroht | = | 4 Arten |
| selten | = | 3 Arten |
| Abnahme der Bestände, teilweise rapide | = | 5 Arten |




Das Ende des Autos? Foto: A. M. Begsteiger

Die Gründe für diese Entwicklung: vorwiegend die Häute-Jagd. Auf der letzten Konferenz der Krokodil-Spezialistengruppe der IUCN in New York im März 1971 stellte der Sekretär, H. Robert Bustard, fest:

„Da alle Krokodile wegen ihrer Haut gejagt werden, ist es für die Erhaltungsmaßnahmen nicht sinnvoll, die Arten nach ihrem ökonomischen Wert aufzuführen. Mit Ausnahme von einigen Arten, welche im Salzwasser leben und in dem Sonderfall des Nil-Krokodils, das über den größten Teil von Afrika verbreitet ist, haben die Krokodile ein begrenztes Verbreitungsgebiet. Also beuten die Menschen auch die örtlichen Arten aus, obwohl anderswo andere mit wertvolleren Häuten vorkommen. Nachdem die Preise für Krokodilhäute auf dem

Weltmarkt in den letzten Jahrzehnten steil angestiegen sind, bringen Häute mit nur der Hälfte des Spitzenpreises ebenfalls noch einen gewaltigen Geldgewinn für arme Menschen; die gibt es aber unglücklicherweise in vielen Ländern unserer Welt. Das ist das grundsätzliche Problem des Krokodilschutzes. Zwar werden Krokodile in manchen Teilen der Welt gegessen und oft finden auch ihre Eier Geschmack. Trotzdem besteht keine Frage, daß der Handel mit ihren Häuten einige Arten an den Rand der Ausrottung brachte und die Ursache ist für die verheerende Abnahme von allen Arten, für die Informationen vorliegen. Die Mitglieder der Spezialistengruppe kennen keine Art (ausgenommen des amerikanischen Alligators), die noch in Zahlen vorkommt, welche vergleichbar wären mit denen von einem Jahrzehnt zuvor. In den meisten Teilen der Welt leben die Krokodile in bevorzugten Lebensräumen, wo sie nicht unmittelbar im Wettbewerb mit den Menschen stehen." (Proceedings of the First Working Meeting of Crocodile Specialists, New York, März 1971, Band 1. Herausgegeben von der International Union for Conservation of Nature and Natural Resources [IUCN]. Genaue Einzelheiten sind dort nachzulesen.)

Aber nicht nur die Tatsache, daß einige Krokodil-Arten aus unserer Umwelt verschwunden sind, spielt hier eine Rolle. Die Verminderung hat tiefergreifende und sicher tragischere Folgen für die Menschen, die in den Heimatländern der Krokodile leben. So sind an vielen Stellen, an denen die Krokodile ausgerottet oder auf winzige Restzahlen gezehntet wurden, auch die Fischbestände zurückgegangen. Damit ist die menschliche Bevölkerung um eine wichtige Ernährungsquelle ärmer geworden. Einige Krokodil-Arten jagen vorwiegend Barsche, die selbst wieder Jungfisch- und Laichräuber sind. Mit der Abnahme der Krokodile vermehrten sich offensichtlich die Barsche stark, die wiederum im Übermaß die anderen, für die menschliche Ernährung wichtigen Fischarten verringerten. Der Krokodil-Spezialist Professor Medem aus Kolumbien schreibt: „Einwohner des Amazonasbeckens stellten zu ihrer Überraschung fest, daß die Fische in verschiedenen Seen zurückgingen, nachdem die Kaimane ausgerottet waren." Professor Medem führt das in diesem Falle darauf zurück, daß durch den Wegfall der Kaiman-Ausscheidungen wichtige Grundlagen für die Entwicklung des Phyto- und Zoo-Planktons fehlen. Dieses ist wieder von Bedeutung für die Fütterung der Fischlarven, Jungfische und kleineren Arten. Auch in Kolumbien wurde ähnliches beobachtet.

Und warum das alles? In diesem Falle doch nur, damit wohlhabende Menschen zum Schaden einiger weiterer Tierarten, des biologischen Gleichgewichtes und zum Nachteil armer Menschen in den Ursprungsländern einem nicht mehr gerechtfertigten Luxus und ihrem Prestigegefühl frönen können. Ist dieser Luxus wirklich noch vertretbar?

Gewiß gibt es heute in fast allen Ländern in irgendeiner Form Schutz- und Ausfuhrgesetze. Diese sind jedoch häufig unzureichend, stehen lediglich auf dem Papier und sind nur selten zu überwachen. Solange auf dem internationalen Markt eine derart hohe Nachfrage ist und Spitzenpreise bezahlt werden, geht die rücksichtslose Ausbeutung weiter. Die einzige bisher auf der Welt bestehende Krokodil-Farm, die viele Jahre für ihren Aufbau brauchte, ist bei weitem nicht in der Lage, die Nachfrage zu decken. Der Einwand, damit würde den armen Ländern zu Einnahmen verholfen, ist ein Schein-Argument, denn es gilt nur noch für kurze Zeit. Die Schäden für die Dauer überwiegen diesen Gewinn bei weitem. Hohe Summen werden für die Entwicklungshilfe bezahlt, gleichzeitig aber auch durch eine sinnlose Mode diesen Ländern nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt. Dabei sind nicht die Leute, die die Tiere töten, daran schuld, sondern diejenigen, die die Häute kaufen. „Nur ein totes Krokodil ist ein schönes Krokodil." Zu diesem Schluß kann man kommen, wenn man die Werbungen großer Kaufhäuser, Versandgeschäfte usw. für Krokodiltaschen und ähnliches liest. „Wilder Charme", „Da schlagen Frauenherzen höher", „Heiß begehrt", „Ein wertvolles Präsent für den Herrn", „Unvergänglicher Glanz", „Zartgesprenkelte, hochglänzende Schuppen", „Das ist ein Stil, der den Anspruchsvollen befriedigt", usw., usw. Immer wird dabei besonders auf „echtes Wildkroko" hingewiesen. Das hebt bei den Käufern das Selbstbewußtsein und Ansehen. So auch beim Staatsbesuch des Ministerpräsidenten Kossygin 1970 in der Bundesrepublik. Frau Kossygin besuchte in Begleitung von Frau Dr. med. Scheel, der Frau des Außenministers, Offenbach. Beiden Damen wurden von einem Offenbacher Lederfabrikanten Geschenke aus Krokodilleder überreicht, die sie selbstverständlich annahmen. Frau Dr. Scheel — brieflich darauf angesprochen, ob sie nicht überlegt habe, daß sie als Persönlichkeit, die im öffentlichen Rampenlicht steht, damit ein schlechtes Beispiel geben könnte — wußte keine Antwort.

Für jeden, für den die Worte Umweltschutz, Naturschutz und Entwicklungshilfe kein Lippenbekenntnis sind, sollte jedes Erzeugnis aus Krokodilleder tabu sein, solange es sich nicht *nachweislich* um echt gefarmte Tiere handelt.

## Jugend im Tierschutz

„Essen wir gefährlich?" — Diese vielleicht zunächst eigenartig anmutende Fragestellung ist für alle jene, die von der krebsfördernden Wirkung der sogenannten Insektizide-Sprühmittel auf den menschlichen Organismus Kenntnis haben, von erregender Aktualität. Aber noch ein zusätzlicher Aspekt darf in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt blei-

ben: Der Großeinsatz deutscher Schädlingsbekämpfungsmittel muß auch gleichzeitig als schwerer Eingriff in das biologische Gleichgewicht der Natur und ihrer Lebensgemeinschaften gewertet werden.

Diese beiden Fakten haben der Arbeit der Tierschutzorganisation *„Der blaue Kreis"* (Jugend im Tierschutz), Wien 5., Schönbrunnerstraße 16, den Weg gewiesen. Neben der vielseitigen Tätigkeit auf dem Gebiet des Haustierschutzes hat *„Der blaue Kreis"* seit zehn Jahren, seit seinem Bestehen also, eine äußerst fruchtbare Aktivität auf dem Sektor des Vogelschutzes entfaltet. Parallel zu diesem Bemühen, dem Tier- und Naturschutz zu dienen, verfolgt *„Der blaue Kreis"* noch eine pädagogische Zielsetzung: Durch die Aktivierung Jugendlicher im praktischen und ideellen Tierschutz soll der heranwachsenden Generation systematisch die Achtung vor dem Leben und vor allem Lebendigen anerzogen werden.

Peter Hauer

## Baumsterben an Landstraßen als Folge der Salzstreuung im Winter

In verschiedenen Gegenden der Bundesrepublik Deutschland wird seit etwa 1966 ein Absterben von Bäumen an Landstraßen beobachtet. Seit dieser Zeit wird im Winter auf den Straßen technisch reines Kochsalz (NaCl) ohne Sand als Streusalz ausgebracht, das als Ursache für das Absterben der Bäume anzusehen ist: Kleinflächige Blätter, sich ständig vergrößernde Blattrandnekrosen und typische Herbstlaubfärbung bereits ab Juli gehören zu den ersten Anzeichen der Schädigung. Auch der städtische Straßenbaumbestand ist durch das Salzstreuen gefährdet: Die beschriebenen Symptome sind auch bereits in Wien zu beobachten. Als ausschlaggebend für die „Salzkrankheit" wird der Cl-Gehalt in den Blättern zur Zeit des Frühjahraustriebes angesehen: Wenn dieser bei Laubbäumen über 1 Prozent (bei Nadelbäumen über 0,5 Prozent) liegt, beginnt die Erkrankung. Durch Einsatz von Harnstoff an Stelle von Salz könnte diese Vegetationsschädigung vermieden werden. Die Salzstreuung auf Landstraßen hat außerdem den Nachteil, daß sie das Wild anlockt; oft werden auf salzbestreuten Straßen ganze Rudel angetroffen. Damit erhöht sich naturgemäß die Unfallgefahr. (Der Bauer 15/70 u. a. Quellen — Monatsberichte der österreichischen Landwirtschaft, 17. Jahrgang, Heft Nr. 8.)

## Französisches Umweltschutzprogramm

Die französische Regierung hat anläßlich des Europäischen Naturschutzjahres 1970 ein aus über 100 Einzelmaßnahmen bestehendes Programm beschlossen, das den Schutz der Umwelt vor Lärm, Gift und Müll zum Ziel hat. Eine eigene Regierungskommission soll die Durchführung der Verordnungen kontrollieren. Ministerpräsident Pompidou kündigte außerdem an, daß man künftig gegen die „wilde Bebauung der freien Natur" hart vorgehen werde. Im Landwirtschaftsministerium wurde eine eigene Generaldirektion „Naturschutz" eingerichtet, die auch mit Raumordnungskompetenzen ausgestattet ist. Noch heuer soll ein Gesetz in Kraft treten, das die Luftverseuchung durch industrielle Abgase mit strengen Strafen bedroht. Außerdem will man der Verschmutzung von Flüssen und Seen durch Abwässer entgegentreten. Ein weiteres Gesetz sieht vor, daß Industrieanlagen und Baustellen bestimmte „Lärmschwellen" nicht mehr überschreiten dürfen; die Kraftfahrzeuge müssen leiser werden, und die Baugesellschaften werden verpflichtet, Neubauten mit einer ausreichenden Schallisolierung auszustatten. (Agra-Europe 24/1970 — Monatsberichte der österreichischen Landwirtschaft, 17. Jahrgang, Heft Nr. 8.)

## Umweltschutz in Ungarn

Ungarns Maßnahmen zum Umweltschutz sind in das Stadium der harten Welle getreten. Ab 1972 wird jedes Vergehen gegen die Normen zur Reinhaltung von Luft und Wasser mit hohen Geldstrafen belegt. Der so entstehende Geldfonds dient dazu, die darauf angewiesenen Unternehmen bei der Montage neuer Schutzeinrichtungen oder bei der Modernisierung der bereits bestehenden zu unterstützen.

Besonders rigorose Verbote hat der Landesausschuß zur Luftreinheit für Budapest ausgearbeitet. Demnach ist ab Sommer 1972 im Weichbild der Hauptstadt die Verbrennung aller festen Brennstoffe mit Ausnahme von Holz und Kohle verboten. In der Garage werden Autobusse und Lastwagen kontrolliert und Wagen mit schlecht eingestellten Vergasern zurückgehalten.

Als Basis für alle Maßnahmen dienen die Arbeiten der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, die Messungen der luftverschmutzenden Stoffe durchführt. Ein nach Dringlichkeitsgraden orientierter Plan zur Verlegung der am meisten gefährdeten Plätze ist in Ausarbeitung.

## Gift im Wald

Die Verwendung von 2-, 4-, 5-T-Präparaten ist in der Forstwirtschaft nach Ansicht der an einem Symposion in Wien-Schönbrunn teilnehmenden Fachleute nicht gefährlich. Die in Österreich verwendeten Herbizide besitzen einen Reinheitsgrad von giftigen Verunreinigungen, der unter dem international geforderten Grenzwert liegt. Diese Herbizide werden nun schon 20 Jahre lang im österreichischen Wald angewendet und haben bisher, sofern sie sachgemäß angewendet wurden, zu keinen Schädigungen geführt. Um jedoch auch für die Zukunft eine nur denkbare Gefährdung der Umwelt zu vermeiden, sind sich die Fachleute

einig geworden, daß eine Anwendung dieser Herbizide in der Nähe von Gewässern und eine Ausbringung vom Flugzeug aus — bisher in Österreich noch nicht geschehen — vermieden werden sollen. Die derzeitige Menge der im Walde verwendeten Herbizide steht in keinem Verhältnis zu der Menge, die in der Landwirtschaft ausgebracht wurde. In der Forstwirtschaft erfolgt der Einsatz von Herbiziden nur dann, wenn es nicht möglich ist, durch andere Mittel junge Pflanzen freizustellen oder Staudenflächen mechanisch zu räumen. Meist werden verstaudete Flächen mechanisch geräumt und dann durch Herbizide der Wiederaustrieb der Stauden auf einige Jahre zurückgehalten. Sobald die Kulturpflanzen den Waldboden genügend dicht bedecken, ist die Verwendung von Unkrautbekämpfungsmitteln nicht mehr notwendig. Die Forstpflanzen nehmen dann den Bodenkräutern und dem Gras, die sie überwuchern könnten, das nötige Licht, um zu gedeihen. Ein Acker wird jedes Jahr mit Herbiziden behandelt, in der Forstwirtschaft geschieht diese Behandlung in 100 Jahren zwei- oder dreimal hintereinander. Schon daraus ist zu ersehen, wie wenig Herbizide im Vergleich zur Landwirtschaft im Wald auf den Boden gelangen.

Aus „Schutz dem Wald"

## Österreichs Wasserkreislauf

Österreichs Staatsgebiet nimmt pro Jahr etwa 100 Milliarden Kubikmeter Niederschlagswasser auf, und rund 35 Milliarden fließen in derselben Zeit aus den Nachbarländern zu. Von diesen 135 Milliarden Kubikmetern geben wir wieder 90 Milliarden Kubikmeter an unsere Nachbarn ab, und etwa 45 Milliarden Kubikmeter kehren in Österreich in den Wasserkreislauf der Natur zurück. (ÖWWV 3/70.)

## Wald — ein Schneewasserreservoir

Niederschlagswasser in Form von Schnee kann im Wald monatelang aufgespeichert werden. Die große wasserwirtschaftliche Bedeutung bei Tauwetter liegt darin, daß die Abschmelzrate gegenüber freiem Gelände vermindert und der Abfluß von Schmelzwasser über eine längere Zeit verteilt wird. Die Meßergebnisse zeigen, daß der Winter- und Frühjahrsabfluß sehr stark von den Baumarten und dem Alter des Waldes abhängen. Mehrjährige vergleichende Schneemessungen werden die Möglichkeit geben, den Schneewasservorrat durch forstwirtschaftliche Maßnahmen wasserwirtschaftlich in gewissem Umfang zu steuern.

## Müllflut steigt weiter an

Im USA-Gesundheitsministerium will man die Frage der Abfallbeseitigung nicht mehr im Sinne einer Vernichtung, sondern einer Wiederverwendung der Abfälle verstanden wissen. Die neue Fragestellung soll lauten: Wie kann man Abfallstoffe möglichst wirtschaftlich wiederverwenden, damit sie zur Umweltverschmutzung nicht mehr beitragen? Damit hat man der Erkenntnis Rechnung getragen, daß jeder Versuch einer Vernichtung immer und in jedem Fall eine Belastung von Wasser, Luft oder Boden mit sich bringt. (WWM Folge 3/71)

# *PERSONELLES*

## Großes Ehrenzeichen für Hofrat Dipl.-Ing. Heinrich Groiss

Hofrat Groiss kam im Jahre 1906 als Sohn sehr achtbarer Gewerbetreibender, die Eltern übten die Gerberei aus, betrieben den Lederhandel und eine Gastwirtschaft in Haslach an der Mühl, zur Welt. Nach der Mittelschulzeit in Linz besuchte er die Technische Hochschule in Graz, die er 1934 als Architekt und Diplomingenieur verließ. Bis 1939 hatte er als Privatarchitekt in Haslach gearbeitet und dabei alle Mühen und Sorgen eines freischaffenden Architekten kennengelernt, dabei aber auch an der Wurzel des Baugeschehens jene grundlegenden Erkenntnisse erworben, die für sein späteres Wirken notwendig waren. 1939 erfolgte sein Eintritt in das Amt der oberösterreichischen Landesregierung als Sachbearbeiter in der Landesplanungsstelle. Damals waren die heute allen geläufigen Begriffe der Verkehrs-, Orts- und Raumplanung, des Denkmal-, Natur- und Landschaftsschutzes noch ferne idealistische Dinge, die von ihm aber schon als Realität erfaßt, in allen Ansätzen richtig formuliert und zur Umsetzung in die Tat vorbereitet wurden. Nach Unterbrechung durch den Zweiten Weltkrieg wurde er zum Leiter der Unterabteilung Raumforschung und Landesplanung in der oberösterreichischen Landesbaudirektion bestellt. Das war im Jahre 1947, und seither ist der Name Groiss mit dem Begriff „Planung in Oberösterreich" untrennbar verbunden. Es ist heute nicht mehr recht vorstellbar, wie schwer in den Zeiten der Nachkriegsnöte, des Wohnungselends, des Wiederaufbaues, der Mut- und Arbeitslosigkeit das Gedankengut der Planung zu realisieren war. Optimismus und ein fester Glaube an die Zukunft waren die Voraussetzungen für den Erfolg, Zähigkeit, Fleiß, Klugheit, Mut und Beredsamkeit, Besessensein von der Aufgabe und die tiefe Überzeugung, etwas unbedingt durchsetzen zu müssen, waren die weiteren notwendigen Bausteine. Als Realist und in der Erinnerung an seine private Architektentätigkeit war es für Hofrat Groiss völlig klar, daß unten bei der Gemeindeplanung angesetzt werden muß. Er baute daher seine Dienststelle rasch zu einer schlagkräftigen Organisation aus. Der Erfolg dieser Tätigkeit wird uns heute durch viele erhaltene oder neu gestaltete

# ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Natur und Land (vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz)

Jahr/Year: 1972

Band/Volume: 1972_3-4

Autor(en)/Author(s): diverse

Artikel/Article: Aus der Naturschutzpraxis. 100-106